

Abstimmung
über die Volksinitiative
"zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit
beim Bau und Betrieb von Atomanlagen"

Erklärung
von
Bundesrat W. Ritschard
Vorsteher des Eidg. Verkehrs-
und Energiewirtschaftsdepartements

Bern, 18. Februar 1979

2.

Sie kennen das Resultat.

Es entspricht dem, was Bundesrat und Parlament vorgeschlagen haben. Es ist ein knappes Nein zu dieser Initiative. Das war an sich zu erwarten.

Persönlich habe ich keinen Hehl daraus gemacht, dass ich die Initiative für den falschen Weg gehalten habe. Sie hätte uns unsere zukünftige Energiepolitik erschwert.

Es gibt aber nicht nur die grosse Zahl von Ja-Stimmen und die 9 Stände, die die Initiative angenommen haben. Jeder weiss auch, dass die Befürworter ihr Ja aus einer echten Besorgnis heraus in die Urne gelegt haben. Es gibt also fast 920 000 besorgte Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Lande.

Sie bilden zwar eine Minderheit. Aber sie haben einen Anspruch darauf, dass wir bei allem, was wir in der Atomkraftwerkpolitik weiter tun, auf ihre Bedenken Rücksicht nehmen. Man kann die Grundsätze der Mehrheitsdemokratie nur so verstehen. Ueber nationale Aufgaben können nicht Minderheiten entscheiden. Aber sie haben Anspruch auf gebührende Beachtung. Das gilt nicht nur für sprachliche und konfessionelle, sondern für alle Minderheiten.

Das heutige Nein zu dieser Initiative darf nicht als ein Ja zu einer unbegrenzten Nutzung der Atomtechnik verstanden werden. Die Problematik bleibt. Der Grundsatz "So wenig Atomkraftwerke wie möglich" muss das unveränderte Leitmotiv in unsern weiteren Entscheidungen bleiben.

Die Ablehnung der Initiative hat den Weg freigemacht zur Abstimmung über das revidierte Atomgesetz. Zu ihm aber haben wir nun ein Ja nötig, wenn wir mit einer bewussten Energiepolitik, und vor allem, wenn wir mit einer bewussten Atompolitik ernst machen wollen.

Erst mit dem Entscheid über das Atomgesetz - voraussichtlich am 20. Mai - formulieren wir auch den politischen Willen, in der Atomenergie mehr zu sehen als nur eine wirtschaftliche Versorgungsfrage.

Erst das neue Atomgesetz gibt uns die Möglichkeit zu einer Politik nach dem Grundsatz "So wenig wie möglich". Es gibt uns auch die Möglichkeit, Nein sagen zu können. Und es erschwert das Ja zu weitem Werken.

Ich möchte nun vor allem auch alle jene Mitbürgerinnen und Mitbürger, die die Atominitiative befürwortet haben, aufrufen, sich das neue Gesetz doch noch einmal anzusehen.

Sie werden feststellen, dass es einige ihrer Forderungen sehr deutlich und wirksam formuliert. Jeder Atomkraftwerkgegner würde seinem Anliegen einen schlechten Dienst erweisen, wenn er nun aus einer Trotzreaktion heraus auch das neue Gesetz verwerfen wollte. Der Schmollwinkel ist auch in der Politik kein guter Standort.

Ohne dieses Gesetz - ich kann das nicht genug unterstreichen - wären wir wieder am Anfang unserer Bemühungen um eine Atompolitik. Ohne die Zustimmung zu diesem neuen Gesetz würde das Atomproblem weitgehend der politischen Einflussnahme entzogen bleiben.

Wir haben aber hoffentlich in diesen vergangenen Wochen doch alle gelernt, dass Energie nicht allein mit Wirtschaft zu tun hat.

Energiepolitik ist Politik im umfassenden Sinne. Und gerade das sollten wir bei der Abstimmung über das neue Atomgesetz nicht vergessen.